

Danziger Zeitung.



№ 17164.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kais. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inseritionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Das Erbrecht im deutschen bürgerlichen Gesetzbuch.

Wenn wir einen kurzen Ueberblick über die hauptsächlichsten Bestimmungen geben wollen, welche der Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuchs auf dem wichtigen Gebiete des Erbrechts aufstellt, so werden wir uns zunächst mit der gesetzlichen Erbfolge, sodann mit der Abänderung derselben durch letztwillige Verfügung und endlich mit den Schranken zu beschäftigen haben, welche dem Verfügungsrecht des Erblassers durch das Pflichttheilsrecht der berechtigten Erben gezogen sind.

Die gesetzliche Erbfolge, das Intestaterbrecht, ist consequent nach dem sog. Parentelsystem geordnet, d. h. es sind zur Erbfolge berufen zunächst die directen Abkömmlinge des Erblassers (Kinder, Enkel, Urenkel), sodann die Eltern und deren Nachkommenschaft (Eltern, Geschwister, Neffen, Nichten), demnächst die Großeltern und deren Abkömmlinge (Großeltern, Onkel und Tanten, Vettern und Basen) u. s. f. dergestalt, daß jedesmal die nächstfolgende Linie nur dann zur Erbfolge gelangt, wenn kein Verwandter der näheren Linie vorhanden ist. Innerhalb der einzelnen Parentel wird die Erbfolge nach Stämmen getheilt, d. h. an Stelle eines vor dem Erblasser verstorbenen Kindes etc. erbt dessen gesammte Descendenz zusammen einen Kopftheil. Außerdem ist der überlebende Ehegatte gesetzlicher Erbe, und zwar, sofern er mit Verwandten der ersten bezw. zweiten Linie zu theilen hat, auf ein Viertel bezw. die Hälfte des Nachlasses; sind nur Verwandte der dritten oder einer entfernteren Linie vorhanden, so erbt der Ehegatte das Ganze. Erst wenn gar keine gesetzlichen Erben zu ermitteln sind, fällt der Nachlaß dem Fiskus desjenigen Bundesstaates zu, welchem der Erblasser zur Zeit seines Todes angehört hat.

Diese gesetzliche Erbfolge greift Platz, wenn der Erblasser es unterlassen hat, selbst Bestimmung über die Vertheilung seines Nachlasses zu treffen. Dies kann geschehen durch in der gesetzlich vorgeschriebenen Form errichtetes Testament oder Erbvertrag. Bezüglich der Testamentsform enthält der Entwurf den landrechtlichen Bestimmungen gegenüber eine wichtige Neuerung, indem er neben der jetzt ausschließlich zugelassenen gerichtlichen Form der Errichtung als gleichberechtigt auch die notarielle anerkennt. Die ordentliche Form der Testamentserrichtung ist die vor Gericht oder Notar. Der Richter hat zur Ausnahme des Testaments einen Gerichtsreiber oder zwei Zeugen, der Notar einen zweiten Notar oder wiederum zwei Zeugen zuzuziehen. In beiden Fällen kann die Testamentserrichtung — wie auch jetzt — in doppelter Form erfolgen: entweder durch mündliche Erklärung zu gerichtlichem bezw. notariellem Protokoll oder durch Ueberreichung eines offenen oder verschlossenen Schriftstücks mit der Erklärung, daß dieses die letztwillige Verfügung enthalte. Die gleichen Formvorschriften gelten für die Errichtung eines Erbvertrages. Besondere erleichternde Bestimmungen, die sog. außerordentlichen Testamentsformen, sind für Fälle dringender Noth vorgesehen, so bei unmittelbarer Lebensgefahr — Errichtung vor dem Gemeindevorstand mit der Maßgabe, daß ein so errichtetes Testament außer Kraft tritt, wenn der

Testator nicht binnen drei Monaten verstorben ist —, bei Verkehrshemmungen in Folge ansteckender Seuchen — gleichfalls vor dem Gemeindevorstande oder in einem eigenhändig geschriebenen und unterschriebenen Schriftsatz oder mündlich vor drei Zeugen, — ferner auf Seereisen, endlich für Befandte, Consuln und deren Personal im Auslande.

Durch besondere Einfachheit und Uebersichtlichkeit zeichnen sich die Vorschriften des Gesetzbuchs über das Pflichttheilsrecht aus, die wir noch kurz zusammenstellen wollen. Pflichttheilsberechtigter ist jeder, der zur gesetzlichen Erbfolge berufen ist, einschließend des überlebenden Ehegatten. Der Pflichttheil beträgt in allen Fällen die Hälfte derjenigen Erbportion, welche der Berechtigte nach dem gesetzlichen Erbfolgerecht zu beanspruchen haben würde. Der Pflichttheilsberechtigter muß sich ihm hinterlassene Vermögensverhältnisse hierauf und zwar auch dann anrechnen lassen, wenn er dieselben ausgeschlagen hat. Eine Beschränkung oder Entziehung des Pflichttheils ist — abgesehen von der Entziehung in wohlmeinender Absicht bei Uebertragung des Pflichttheilsberechtigten zu Gunsten von dessen Descendenz — gestattet wegen groben Undanks gegen den Erblasser, so im Falle der Lebensnachstellung, Mißhandlung, Verweigerung des Unterhalts u. s. w. Der Anspruch des Notherven ist nicht ein dinglicher auf Einweihung in den Nachlaß, sondern lediglich eine Forderung gegen den eingesezten Erben auf Herauszahlung des zur Erfüllung des Pflichttheils erforderlichen Geldbetrages; derselbe verjährt in drei Jahren von dem Zeitpunkt ab gerechnet, wo der Berechtigte von dem Erbfall und von der den Pflichttheil einschränkenden Verfügung Nachricht erhielt. Auch durch bei Lebzeiten gemachte Schenkungen darf der Pflichttheilsberechtigter nicht benachtheiligt werden, sofern er zur Zeit der Schenkung bereits „vorhanden“ — d. h. geboren, oder concipiert — und entweder schon pflichttheilsberechtigter war oder dies doch durch Fortfall anderer dazwischenstehender Personen werden konnte. Er hat in diesem Falle Anspruch darauf, daß ihm der Pflichttheil so berechnet werde, als ob die Schenkung nicht gemacht wäre. Doch geht sein Anspruch nur soweit gegen den Erben, als dieser mehr erhalten hat als den ihm nach gesetzlicher Erbfolge zustehenden Erbtheil. Darüber hinaus kann er sich nur an den Beschenkten selbst halten, und zwar haftet der später Beschenkte vor dem früher Beschenkten.

Entwurf eines Gesetzes betreffend die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter.

Rückversicherungsverbände.
§ 50. Mehrere Versicherungsanstalten können vereinbaren, die Kosten der Alters- und Invalidenversicherung ganz oder zum Theil gemeinsam zu tragen.
Veränderungen.
§ 51. Veränderungen der Bezirke der Versicherungsanstalten sind zulässig, sofern sie von dem Ausschusse einer beteiligten Versicherungsanstalt oder von der Regierung eines Bundesstaates, über dessen Gebiet sich die Versicherungsanstalt erstreckt, beantragt und von dem Bundesrath genehmigt werden. Vor der Beschluß-

Auch hatte sie für den Käufer das Geschäft für äußerst schwierig, und die Arbeitskräfte, über die sie selbst verfügte, seien lange nicht zahlreich genug, um ihr die Einbringung einer zweiten Ernte zu ermöglichen.

Umsonst bemühte sich Fritsch, ihre Gegengründe zu entkräften und sie seinem Wunsche geneigt zu stimmen. Erst als er mit Entschiedenheit erklärte, sich sogleich an Simon Moses wenden zu wollen, wenn sie bei ihrer Ablehnung beharre, versprach sie, die Sache noch einmal in Ueberlegung zu ziehen und mit Nibel zu besprechen.

Am nächsten Morgen erschien Fritsch wieder im Schlosse, um sich Bescheid zu holen. Derselbe blieb ein ungünstiger, nur bemühte sich Cornelia, etwas freundlicher als gestern, ihren Entschluß als in seinem eigenen Interesse gefaßt erscheinen zu lassen und ihm dringend von einem Unternehme abzurathen, bei dem eine Uebervertheilung des einen der beiden Theile fast unvermeidlich sei.

„Nun allerdings, da ich mich den Händen des Simon Moses überantworten muß“, antwortete der junge Mann erregt, „wird das Geschäft für mich mehr als zweifelhaft. Doch mir bleibt keine andere Wahl! So komme es denn, wie es mag!“

Mit diesen unheilkundenden Worten verließ er Cornelia, welche unruhig zurückblieb.

Die Begegnung mit dem jungen Manne hatte sie mehr aufgeregt, als sie selbst glaubte. Versetzte sie doch seine Erscheinung in die Zeit zurück, die der unglückliche Wendepunkt ihres Lebens gewesen war. Mit schmerzlicher Genauigkeit erinnerte sie sich jeder Einzelheit, jedes Wortes, das sie damals vernommen, all' der süßen Gefühle, die sie durchströmte, als Gerd neben Fritsch um ihre Gunst geworben, — und sie verstand sich nicht mehr. Ihr eigen Selbst war ihr fremd geworden; der unselige Irrthum ihrer Wahl erschien ihr wie ein strafwürdiges Verbrechen. Wie hoch hatte sie damals Gerd über Fritsch gestellt! Und dennoch, hätte sie nicht eher noch auf Würdigung, auf Verständniß rechnen können bei ihm, als bei ihrem Gatten?

Welch ein trügerischer Zauber ihr damals die Welt geschnürt hatte! Dahin war er, geschwunden vor der rauhen Wirklichkeit! Auch jetzt lachte die Junifonne hernieder wie damals, und Baum und Strauch standen in Blüten, — aber sie sah es kaum; selbst die Heimate, nach der sie sich ge-

fassung über die Genehmigung sind die Ausschüsse der beteiligten Versicherungsanstalten, sowie die Regierungen derjenigen Bundesstaaten, deren Gebiete bei der Veränderung betheilt sind, zu hören. Bei Versicherungsanstalten für die Bezirke weiterer Communalverbände sind auch die Vertretungen der letzteren beauftragt, Anträge auf Veränderungen zu stellen, auch müssen sie vor der Genehmigung solcher Veränderungen gehört werden.

§ 52. Scheiden örtliche Bezirke aus dem Bezirk einer Versicherungsanstalt aus, so verbleibt der letztere in vollem Umfange das bis zum Zeitpunkt des Ausscheidens angesammelte Vermögen, sowie die Verpflichtung zur Deckung aller Rentenansprüche, welche auf Vermögen der Beitragsmarken dieser Versicherungsanstalt beruhen.

Führt die Veränderung zur Auflösung der Versicherungsanstalt, so geht deren Vermögen mit allen Rechten und Pflichten, sofern nicht eine andere Versicherungsanstalt mit Genehmigung der beteiligten Landesregierungen dieses Vermögen übernimmt, auf den weiteren Communalverband beziehungsweise Bundesstaat über, für welche die Versicherungsanstalt errichtet war.

Für gemeinsame Versicherungsanstalten erfolgt die theilweise Uebernahme des Vermögens mit allen Rechten und Pflichten durch die beteiligten Communalverbände oder Bundesstaaten, und zwar, sofern darüber eine Einigung nicht zu Stande kommt, nach Bestimmung des Bundesraths, oder, wenn nur Communalverbände eines Bundesstaates betheilt sind, der Landes-Centralbehörde.

§ 53. Streitigkeiten, welche in Betreff der Vermögensauseinandersetzung zwischen den beteiligten Versicherungsanstalten entstehen, werden mangels Verständigung über eine schiedsgerichtliche Entscheidung von dem Reichs-Versicherungsamt entschieden.

§ 54. Die Bestimmungen der §§ 51 bis 53 finden entsprechende Anwendung, sofern das Reich oder Bundesstaaten, welche die Alters- und Invalidenversicherung der von ihnen beschäftigten Personen für eigene Rechnung durchführen, rücksichtlich dieser Versicherung an die Versicherungsanstalten sich anschließen, oder zum Zweck der selbständigen Durchführung der Alters- und Invalidenversicherung mit den bezeichneten Betrieben aus Versicherungsanstalten ausscheiden wollen. Dasselbe gilt für den Anschluß oder das Ausscheiden der in den §§ 4 und 5 erwähnten besonderen Rassen-einrichtungen.

III. Schiedsgerichte.

Schiedsgerichte.

§ 55. Für den Bezirk jeder Versicherungsanstalt wird mindestens ein Schiedsgericht errichtet. Der Sitz des Schiedsgerichts wird von der Centralbehörde des Bundesstaates, zu welchem der Bezirk der Versicherungsanstalt gehört, oder, sofern der Bezirk über die Grenzen eines Bundesstaates hinausgeht, im Einvernehmen mit den beteiligten Centralbehörden von dem Reichs-Versicherungsamt bestimmt.

§ 56. Jedes Schiedsgericht besteht aus einem ständigen Vorsitzenden und aus Beisitzern. Der Vorsitzende wird aus der Zahl der öffentlichen Beamten von der Centralbehörde des Bundesstaates, in welchem der Sitz des Schiedsgerichts belegen ist, ernannt. Für den Vorsitzenden ist in gleicher Weise ein Stellvertreter zu ernennen, welcher ihn in Behinderungs-fällen vertritt.

Die Beisitzer werden in der durch das Statut bestimmten Zahl von dem Ausschusse der Versicherungsanstalt, und zwar zu gleichen Theilen in getrennter Wahlhandlung von den Arbeitgebern und den Versicherten, nach einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Bezüglich der Wählbarkeit gelten die Bestimmungen des § 36.

Die Wahl erfolgt auf fünf Jahre. Die Gewählten bleiben nach Ablauf dieser Zeit so lange im Amte, bis

fehlt wie der Schiffbrüchige nach dem Rettungshafen, gewährte ihr keinen Trost, sprach nicht mehr zu ihrem Herzen, das so kalt und todt in ihrer Brust lag, als gehöre es ihr nicht mehr an. Gerade hier verfolgten sie Erinnerungen, die sie gern gelassen wäre, die theuren Bilder ihrer Aeltern, ihrer Eltern, von denen sie Hilfe erhofft, verschleiernd. Sie hatte gehöhnt, in Buchenau würde das Gefühl grenzenloser Vereinsamung sich lösen; wieder hier schallend und waltend wie ebedem, würde sie den kurzen bösen Traum der letzten zwei Jahre vergessen. Und nun erkannte sie, daß das nicht möglich sei, weil sie selbst eine andere geworden. Allem und Jedem gegenüber war ihr, als müßte sie sprechen: „Was habe ich mit Dir zu schaffen?“ Ach! sie war fertig mit Glück und Leid der Erde und hatte keine Zukunft mehr.

3. Kapitel.

Gegen Abend wurde abermals ein Besuch bei Cornelia gemeldet. Diesmal war es Berneck, der sie in dringender Angelegenheit zu sprechen beehrte. Da er eigens deshalb von Blankenhalde gekommen war, und sie nach der Zurückhaltung, die er bei seiner Anwesenheit in der vorigen Woche bewiesen, schließen mußte, daß nur triftige Gründe ihn ihre abweisende Haltung vergessen lassen, nahm sie ihn an.

Erwartungsvoll blickte sie ihm entgegen. Als er aber vor sie trat und sein Auge forschend auf ihr ruhen ließ, schlug sie besangen das ihre nieder, jener Begegnung am Tage vor ihrer Hochzeit gedenkend. Mußte nicht auch er sich daran erinnern?

„Ich möchte Sie bitten, die Antwort, die Sie dem Gutsbesitzer Fritsch heute früh gegeben, noch einmal in Erwägung zu ziehen“, begann er, als er Platz genommen.

Sie sah ihn befremdet an. „Ist Herr Fritsch Ihr Freund?“ fragte sie dann kühl, während er nach dem rechten Wort zu suchen schien, um sich näher zu erklären.

„Das nicht — ich kenne ihn erst, seit ich in dieser Gegend beschäftigt bin“, entgegnete er zögernd.

„So verstehe ich nicht —“
„Sie wollen fragen, gnädige Frau, was mich die Sache eigentlich angeht! — Sie haben ganz recht — sie geht mich persönlich gar nichts an, —

ihre Nachfolger ihr Amt angetreten haben. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar.

§ 57. Name und Wohnort des Schiedsgerichtsvorsitzenden und seines Stellvertreters, sowie der Beisitzer sind von der Landes-Centralbehörde in dem zu deren amtlichen Veröffentlichungen bestimmten Blatte bekannt zu machen.

§ 58. Der Vorsitzende und dessen Stellvertreter, sowie die Beisitzer sind mit Beziehung auf ihr Amt zu verpflichten.

Die Festsetzung der den Besitzern zu gewährenden Vergütungen (§ 43), sowie der baaren Auslagen erfolgt durch den Vorsitzenden.

Der Vorsitzende ist berechtigt, die Uebernahme und die Wahrnehmung der Obliegenheiten des Amtes eines Beisitzers durch Geldstrafen bis zu fünfhundert Mark gegen die ohne zulässigen Grund sich Weigernden zu erzwingen. Die Geldstrafen fließen zur Kasse der Versicherungsanstalt.

Verweigern die Gewählten ihre Dienstleistung, so hat, so lange und soweit dies der Fall ist, die untere Verwaltungsbehörde, in deren Bezirk der Sitz des Schiedsgerichts belegen ist, die Beisitzer aus der Zahl der Arbeitgeber beziehungsweise Versicherten zu ernennen.

§ 59. Der Vorsitzende beruft das Schiedsgericht und leitet die Verhandlungen desselben. Durch das Statut können über die Reihenfolge, in welcher die Beisitzer zu den Verhandlungen zuzuziehen sind, Bestimmungen getroffen werden.

Das Schiedsgericht ist befugt, Zeugen und Sachverständige, auch eidlich, zu vernehmen.

Das Schiedsgericht entscheidet in der Besetzung von drei Mitgliedern, unter denen sich ein Arbeitgeber und ein Versicherter befinden muß.

Die Entscheidungen des Schiedsgerichts erfolgen nach Stimmenmehrheit.

Im übrigen wird das Verfahren vor dem Schiedsgericht durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths geregelt.

Die Kosten des Schiedsgerichts, sowie die Kosten des Verfahrens vor demselben trägt die Versicherungsanstalt. Das Schiedsgericht ist jedoch befugt, den Betheiligten solche Kosten des Verfahrens zur Last zu legen, welche durch unbegründete Beweisanträge derselben veranlaßt worden sind.

Dem Vorsitzenden des Schiedsgerichts und dessen Stellvertreter darf eine Vergütung von der Versicherungsanstalt nicht gewährt werden.

IV. Verfahren.

Feststellung der Rente.

§ 60. Versicherte, welche den Anspruch auf Bewilligung einer Alters- oder Invalidenrente erheben, haben diesen Anspruch bei der für ihren Wohnort zuständigen unteren Verwaltungsbehörde anzumelden. Der Anmeldung sind das Quittungsbuch, sowie diejenigen Beweismittel beizufügen, durch welche das für die Altersrente vorgeschriebene Lebensalter beziehungsweise die Erwerbsunfähigkeit dargethan werden soll. Die untere Verwaltungsbehörde hat den Antrag unter Anschluß der beigebrachten Urkunden mit ihrer gutachtlichen Aeußerung dem Vorstande derjenigen Versicherungsanstalt zu übersenden, an welche ausweislich des Quittungsbuchs zuletzt Beiträge entrichtet worden waren.

Der Vorstand der Versicherungsanstalt hat den Antrag zu prüfen und, sofern die beigebrachten Beweismittel nicht ausreichend erscheinen, weitere Erhebungen zu veranlassen. Die Kosten derselben fallen der Versicherungsanstalt zur Last.

Wird der angemeldete Anspruch anerkannt, so ist die Höhe der Rente sofort festzustellen. Dem Empfangsberechtigten ist sodann ein schriftlicher Bescheid zu erteilen, aus welchem die Art der Berechnung der Rente zu ersehen ist.

Wird der angemeldete Anspruch nicht anerkannt, so ist derselbe durch schriftlichen, mit Gründen versehenen Bescheid abzulehnen.

„aber, — wenn man einen Menschen so von Schritt zu Schritt ins Verderben laufen sieht, — sagen Sie selbst, muß man da nicht versuchen, seinen Sturz aufzuhalten?“
„Verderben, Sturz?“ unterbrach sie ihn. „Was meinen Sie damit?“

„Daß die Substantion des Gutes, wenn Sie bei Ihrem abschlägigen Bescheide beharren, nicht zu vermeiden sein wird. Fritsch hat Ihnen das natürlich nicht gesagt. Mir aber hat er einen Einblick in seine Lage gestattet; ich bin genau unterrichtet.“

„So weit ist es schon gekommen?“ rief Cornelia.

„Sein Vater ist doch ein sehr reicher Mann.“

„Jedenfalls war er das. Ob er es noch heute ist, scheint mir mehr als zweifelhaft. Er hat seinem Sohn das Gut geschenkt, hat sich auch sonst für diesen keine Ausgabe verdrücken lassen; dazu munkelt man in Berlin von einigen mißglückten Speculationen — nun, wie dem auch sein mag, jedenfalls hat er sich mit dem Sohn wegen des Schlosses gründlich überworfen und jede Hilfe versagt.“

„Und das Gut ist so verschuldet, daß Sie dessen Zwangsverkauf befürchten?“

Er erklärte sie kurz über die Verhältnisse auf und entwickelte seine Ansicht, daß der Bedrohte noch manche Chancen für sich habe, wenn nur das Schloß erst fertig sei; dazu brauche er aber eine Summe, die nur durch den Verkauf der Ernte zu beschaffen sei. Freilich würden sich ja Leute finden, die gegen Wucherynfen ihm ein Kapital zur Verfügung stellen oder die Ernte auf dem Halme ihm abkaufen. Doch das wäre für Fritsch sicherer Ruin und lasse sich gewiß noch abwenden.

Die junge Frau schwie eine Weile, dann sagte sie: „Nach allem, was ich von Ihnen höre, scheint mir Herr Fritsch nicht nur hofflos, sondern auch im höchsten Grade leichtsinnig gehandelt zu haben. Er allein ist an seiner mißlichen Lage schuld. Wie mögen Sie sich für ihn verwenden? Verdient er Ihre Fürsprache?“

„Verdienen?“ wiederholte er zögernd. „Wenn jeder nur nach Verdienst behandelt würde — wenn sämmtliche dumme Streiche, die wir begangen, an uns heimgeführt würden — gnädige Frau! dann dürfte es uns am Ende allen herzlich schlecht gehen!“

„Ein jeder muß aber doch die Folgen seiner Handlungsweise tragen, das ist immer gerecht!“

